

Quelle: <https://www.maz-online.de/Lokales/Oberhavel/Oranienburg/Strassenausbau-sorgt-fuer-Entsetzen>

Oranienburg Aufgeheizte Bürgerfragestunde: Straßenausbau sorgt für Entsetzen

Live aus der Stadtverordnetenversammlung Oranienburg: „Vier Wochen vor Weihnachten Bescheide zwischen 13 000 und 18 000 Euro zu verschicken, das ist pietätlos“, befand Grit Hörig (CDU).



Oranienburg 20:06 Uhr / 09.12.2019

Oranienburg. Eigens aufgrund einer rekordverdächtig langen Liste, sowohl an Tagesordnungspunkten (48 allein auf dem öffentlichen Teil) sowie an Anfragen in der Einwohnerfragestunde, war der Beginn der Oranienburger Stadtverordnetenversammlung am Montag auf 16 Uhr statt wie üblich 17 Uhr vorgezogen worden. Rund 90 Minuten lang trugen Bürger ihre Anliegen vor und sorgten für teils emotionale und hitzige Diskussionen.

Größten Raum nahmen dabei die Themen Straßenausbau und damit verbundene Anwohnerkosten, sowie der Klimawandel und entsprechende Maßnahmen der Stadt Oranienburg ein. Sowohl Bewohner der Speyerer Straße („Hier sind Bescheide nicht in Kürze zu erwarten“, so Baustadtrat Frank Oltersdorf) als auch der Hildburghäuser Straße schilderten den Stadtverordneten und der Verwaltungsspitze ihre Ängste und ihr Befremden zu dem mit dem Ausbau verbundenen Anstieg der Kosten.

Bescheiden zwischen 13000 und 18000 Euro vor wenigen Tagen erhalten

Insbesondere die Anwohner der Hildburghäuser Straße schilderten im bis auf den letzten Platz besetzten Saal der Orangerie den Erhalt von Bescheiden zwischen 13000 und 18000 Euro vor wenigen Tagen. Stellvertretend berichteten sie von einem Gebührenbescheid über 17000 Euro für eine Rentnerin in eben jener Straße. Zugleich bemängelten sie die Informationspolitik der Verwaltung. So hätte es Informationen nur auf „mehrfache explizite

telefonische Nachfragen“ gegeben, die „menschliche Umgangsart mit den Bewohnern“ stieß auf erhebliche Kritik, der Verwaltung fehle es an Empathie im Umgang mit ihren Bürgern.

Frank Oltersdorf konnte und wollte sich zu diesen Fragen und Vorwürfen nicht groß äußern. Da die betroffenen Anwohner in Widerspruch gegangen seien, befinde man sich in einem laufenden Verfahren. „Die Verwaltung kann daher die hier gestellten Fragen nicht beantworten“, hieß es kurz und knapp.

Grit Hörig (CDU): „Vier Wochen vor Weihnachten Bescheide zwischen 13 000 und 18 000 Euro zu verschicken, das ist pietätlos“

Auf offene Ohren hingegen stießen die Fragesteller – sie wollten von der Verwaltungsspitze unter anderem wissen, ob die Kosten nicht bereits vor Versand der Bescheide verlautbar gewesen wären – bei den Stadtverordneten. „Vier Wochen vor Weihnachten Bescheide zwischen 13 000 und 18 000 Euro zu verschicken, das ist pietätlos“, befand Grit Hörig (CDU). Antje Wendt (FWO) zeigte sich ebenso „entsetzt. Das ist keine bürgerfreundliche Verwaltung.“

Von Nadine Bieneck